

Bürgerschaftssitzung 28. Mai 2008
Generaldebatte zur Regierungserklärung
Rede von SPD-Fraktionschef Michael Neumann

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich gratuliere Ihnen und Ihren Senatorinnen und Senatoren zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen eine gute Hand bei der Ausübung Ihrer Ämter - im Interesse der Menschen in Hamburg

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird Ihre und die Politik Ihrer Koalition, Ihre Entscheidungen, Ihr Handeln daran messen, ob es Hamburg und den Menschen in unserer Stadt nützt.

Man muss kein Prophet sein um zu schätzen, dass bei der entsprechenden Bewertung zwischen den Parteien und Fraktionen die Meinungen auseinandergehen – vermutlich auch innerhalb der Opposition. Das ist auch völlig in Ordnung.

Sie, Herr Bürgermeister, haben gerade ihre Vorhaben erläutert -

Unsere Schwerpunkte, die Schwerpunkte der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der neuen Legislaturperiode sind

- Chancengerechtigkeit durch bessere Bildung,
- Mehr Beschäftigung durch Investitionen,
- und die Überwindung der sozialen Spaltung in Hamburg.

Dies können wir durch bessere Bildung, ein besseres Schulsystem, mehr Arbeit und gelebte, vernünftige Integration erreichen.

Herr Bürgermeister, wo immer Sie in der nächsten Zeit hier wirksame Verbesserungen erreichen wollen, können Sie mit der Unterstützung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten rechnen.

Wir haben die Regierungserklärung der ersten schwarz-grünen Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland gehört. Im Vorfeld war – insbesondere von CDU-Seite - die Rede von „**Gemeinsamer Seelenlage**“ der Partner. Es war die Rede von „**gemeinsamen Interessenlagen**“, von „**intelligenten, piffigen Leuten**“ mit „**kreativem Esprit**“, die „**das Salz in der Suppe**“ seien und von „**neuen Horizonten**“.

Das musste wohl sein. Denn nur mit netten Worten war offenbar die Zustimmung der Basis zur schwarz-grünen Koalition zu bekommen.

Jetzt aber geht es um Zählbares, um die Regierungserklärung, um den Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL. Und der erschließt keine „neuen Horizonte“, sondern formuliert lediglich Allgemeinplätze und Prüfaufträge.

Herr von Beust, Sie selbst sprechen auffällig oft davon, dass wichtig sei, was **nicht** im Vertrag steht. Mein Eindruck: **Die große Faszination von Schwarz-Grün ist schon vorbei, bevor Sie mit der Arbeit begonnen haben.** Die Frage, ob Schwarz-Grün über Hamburg hinaus ein Modell für andere Länder oder sogar den Bund sein kann, ist runter von der Tagesordnung.

Das Schlimme ist aus unserer Sicht auch nicht, dass Schwarz und Grün sich gefunden haben. Die Option, bei entsprechenden Wahlergebnissen neue Koalitionen zu bilden, ist Normalität in der Demokratie. Demokratische Parteien müssen untereinander grundsätzlich koalitionsfähig sein.

Das Schlimme an dieser Koalition wird sein, dass sie sich nicht zur Lösung Hamburger Probleme zusammengefunden hat, sondern dass sie durch faule Kompromisse neue Probleme für die Menschen in dieser Stadt produziert.

Das gilt ganz besonders für die Schulpolitik, das gilt für die Finanz- und die Sozialpolitik, das gilt für den Bereich der Inneren Sicherheit und für den Fall des Kraftwerks Moorburg.

Lesen Sie die Zeitungen von Heute: Aufbruch sieht anders aus.

Die schwarz-grüne Koalition ist vor allem eines: Sie ist teuer. Nach Berechnungen des Hamburger Steuerzahlerbundes kostet sie uns 1,2 Milliarden Euro. Und dabei kam uns alle schon der mit absoluter Mehrheit ausgestattete CDU-Senat teuer zu stehen. Über 450 Millionen neue Ausgaben wurden vor der Wahl beschlossen. Teure Wahlgeschenke – von denen wir nicht wissen, ob und wann sie überreicht werden.

Finanzsenator Freytag – nebenamtlich der oberste Hamburger CDU-Wahlkämpfer – wird nicht müde, uns zu erzählen, Hamburg habe einen ausgeglichenen Haushalt. **In Wahrheit, Herr Freytag, haben Sie das Defizit von 200 Millionen auf knapp 700 Millionen Euro vergrößert.**

Herr Freytag ist am 1. Januar 2007 Finanzsenator geworden. Da betragen die Rücklagen noch 1,4 Milliarden Euro. Nach seiner eigenen Planung werden diese im Jahr 2011 trotz Rekordsteuereinnahmen ausgegeben sein. **Sie, Herr Freytag, haben Hamburg haushaltspolitisch nicht einen Schritt voran gebracht. Sie haben keinen Cent konsolidiert. Sie ruhen sich auf der Konjunktur aus - und auf den unbestreitbaren**

Leistungen ihrer Vorgänger – und ich meine in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch die Verdienste von Finanzsenator Dr. Peiner.

Der amtierende Finanzsenator aber, der ist nicht der alternde Kronprinz im Senat. Er ist einer seiner größten Schwachpunkte. Sie haben als CDU-Landesvorsitzender ein Jahr vor der Wahl die Spendierhosen angezogen. Und die haben Sie in den Koalitionsverhandlungen nicht runtergelassen. Konsequenz: Die Ausgaben galoppieren ihnen davon.

Sie, Herr von Beust, und Ihr Finanzsenator legen die Hände in den Schoß. Sie setzen nicht auf eigenes Handeln sondern allein auf steigende Steuereinnahmen.

Ich bin gespannt wie lange Sie das Märchen vom „aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt“ noch weiter erzählen wollen. Im Koalitionsvertrag ist die Hintertür jedenfalls schon formuliert: Da heißt es, es werde sichergestellt, „dass es nicht zu unkonditionierter Verschuldung kommt.“ Gar keine Frage: Ihre Verschuldung wird durch teure schwarz-grüne Kompromisse ausreichend konditioniert sein wird.

Welche Menschen sind denn davon betroffen, dass wir knapp eine Milliarde Euro jedes Jahr an Zinsen zahlen müssen? Wen treffen die daraus resultierenden Gebührenerhöhungen?

Sie haben Gebühren für das Mittagessen in der Kita eingeführt, Gebühren für Schulbücher, erhöhte Fahrtkosten. Hinzukommen weitere neue oder erhöhte Gebühren. Gebühren für weitere Kurse in den Schulen, Gebühren für die Jugendmusikschule, Studiengebühren, Verwaltungsgebühren für das Studium und sogar Gebühren für Wohnheime für Obdachlose.

Ihre Gebühren treffen immer die kleinen Leute, die die ohnehin schon knapp bei Kasse sind. Diejenigen, die auf eine starke, eine handlungsfähige Stadt angewiesen sind. Und genau diese Menschen sind es, die Sie mit ihrer Politik weiter im Regen stehen lassen. Und damit verstärken Sie auch mit ihrer unsoliden Haushalts- und Finanzpolitik die Spaltung in unserer Stadt.

Was dieser schwarz-grüne Senat und die ihn tragenden Parteien und Fraktionen tun, messen wir an dem Maßstab „Was bringt es Hamburg, was nutzt es den Menschen in unserer Stadt?“

Unser Grundsatz lautet dementsprechend: Wir werden Richtiges „richtig“ nennen und Falsches „falsch“.

Und es gibt ein paar richtige Entscheidungen von Schwarz-Grün:

- Schwarz-Grün hat sich zur Elbvertiefung durchgerungen. – Wehrmutstropfen: Dieser Kompromiss kostet zusätzliche 40 Millionen Euro – vorsichtig gerechnet.

- Es soll einen Anlauf für eine Stadtbahn geben. - Aber zunächst nur für eine unrentable Rumpfstrecke. Wann und wie ein wirtschaftliches Netz entstehen soll, lassen Sie offen.
- Das Sozialticket kommt wieder. Das ist richtig.

Bei den nächsten Punkten fällt unsere Bewertung allerdings schon anders aus:

- Schwarz-Grün schafft Studiengebühren in Hamburg nicht ab, nein. Sie schaffen Befreiungstatbestände ab. Ich bin gespannt, wie insbesondere die GAL sich hier verhält.
- Die so genannte geschlossene Einrichtung in der Feuerbergstraße wird geschlossen. Welche Alternative es geben soll, bleibt völlig offen. Dass es eine Alternative geben muss, zeigen die furchtbaren Gewalttaten der letzten Tage.
- In der Inneren Sicherheit reibt man sich die Augen: Da haben sich CDU und GAL verständigt, wie sich die Polizei bei Demonstrationen verhalten soll. Wir haben die Bilder der Mai-Krawalle in Barmbek noch vor Augen. **Und Sie wollen der Polizei jetzt vorschreiben, in welcher Formation sie Demonstrationen begleiten darf und wo sie Demonstrationen zulassen muss.** - Grundlage für Polizeieinsätze sind das SOG und eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei. Ich vertraue unserer Polizei. Sie offenbar nicht.
- Schwarz-grün will den Wohnungsbau auf 5000 bis 6000 Wohnungen pro Jahr aufstocken – mit dem Etat, mit dem man in den letzten Jahren mal gerade 1000 bis 2000 Wohnungen gefördert hat. Ich glaube nicht, dass Sie dieses Ziel **erreichen** – ich glaube nicht einmal, dass Sie dieses Ziel ernsthaft **verfolgen**.

Darüber, was die angekündigten Maßnahmen im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wert sind, gibt es aus der CDU unterschiedliche Signale. Herr von Beust erklärte in der BILD vom 19. April zunächst: „**Es gibt da keine Finanzierungsvorbehalte.**“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Schira korrigierte den Bürgermeister nicht einmal einen Monat später, am 14. Mai, ebenfalls in der BILD: „**Alle Ausgaben stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt.**“

Der CDU-Kollege Kruse bestärkt die Position seines Fraktionsvorsitzenden in einer Pressemitteilung vom 20. Mai mit den Worten „**Mehrausgaben sind auf lange Zeit nicht drin. Deshalb stehen alle neuen und zusätzlichen Ausgaben unter einem Finanzierungsvorbehalt.**“

Was gilt denn nun? Was kommt? Was nicht? Oder reden hier Leute, die den Begriff „Finanzierungsvorbehalt“ nicht begriffen haben?

„Finanzierungsvorbehalt“ bedeutet: Zusätzliche Lehrer für die Primarschulen und die Stadtteilschulen gibt es nur, wenn es die Haushaltslage erlaubt. Gleiches gilt für das Sozialticket, Wohnungsbauförderung und das gebührenfreie letzte KitaJahr.

„Umschichten“ dagegen bedeutet: Das man sich auch in schwieriger Lage notwendige

Mittel durch Einsparungen in anderen Bereichen beschafft. - **Was ist denn nun? „Finanzierungsvorbehalt“ oder „Umschichten“?** Herr von Beust, mich würde nicht wundern, wenn ihre Koalition **auch hier auf einen Krach zusteuert.**

„Auch hier“, denn es gibt ja einen weiteren zentralen Schwachpunkt in dieser Koalition. Und das ist die schwarz-grüne Schulpolitik und insbesondere die sechsjährige Grund- bzw. Primarschule. Hier haben Sie etwas losgetreten, was Sie schwer wieder unter Kontrolle bringen können. Und **dass der profilierteste Schulpolitiker der Hamburger CDU – der Kollege Heinemann – schon bei der ersten vagen Skizzierung zukünftiger schwarz-grüner Schulpolitik das Handtuch geschmissen hat, spricht für sich, für ihn und gegen diese Politik.**

- Schwarz-Grün kündigt einen in der Enquête-Kommission hart erarbeiteten Konsens zur Reform unseres Schulwesens auf.
- Schwarz-Grün zwingt Eltern, Lehrer und Kinder in das größte Schulexperiment der Nachkriegszeit
- Schwarz-Grün macht unsere Kinder zu Versuchskaninchen.
- Schwarz-Grün schafft das Elternwahlrecht bei der Wahl der weiterführenden Schule ab.
- Und die Fachverantwortliche Schulsenatorin Goetsch will zum Schuljahr 2010/11 ein von Klasse 1 bis 12/13 vollkommen neues Schulsystem aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium einführen.

Frau Senatorin,

ich schätze Sie, Sie wissen das. Aber ich kann mir nicht verkneifen zu sagen: Es sind schon Schulsenatorinnen und Senatoren an kleineren Reformen gescheitert. Und es sind schon Landesregierungen für bessere Reformen abgewählt worden. **Sie starten ein Förderprogramm für Privatschulen. Sie treiben die besser verdienenden Eltern aus dem staatlichen Schulbetrieb heraus. Und Sie leisten damit der sozialen Spaltung in den Hamburger Schulen Vorschub.**

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch der **machtpolitische Opportunismus** der Hamburger CDU. Ihre Aussagen im Wahlkampf waren nichts wert. Ihre schlechten Werte bei der Kompetenzzuschreibung in der Bildungspolitik zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler das durchschaut haben.

Und die GAL? Sie beansprucht den Ruf als Bürgerrechtspartei, liberal, kreativ und gegen den Obrigkeitsstaat gerichtet. Sie haben sich einmal basisdemokratisch genannt. Sie setzen sich für Informationsfreiheit ein, für niedrigere Quoren bei Volksentscheiden, für Bürgerrechte. **Und jetzt sprechen Sie Eltern das Bürgerrecht ab, die Schule ihrer**

Kinder im Grundsatz frei zu wählen.

Ich verstehe, dass im grünen Modell der Einheitsschule Elternwahlrecht keine Rolle gespielt hat, weil es nichts zu wählen gab. Nun bleibt aber etwas zu wählen. Und die Eltern müssen das Recht haben dies zu tun. Sie aber wollen, dass vor allem die Schule – und damit der Staat und nicht die Eltern – darüber entscheidet, ob ein Kind das Gymnasium oder eine Stadtteilschule besucht.

Dabei wissen Sie genau, dass die Empfehlungen der Schule oder der Lehrer zu 40 Prozent nicht zutreffen. Unzählige Schüler haben am Gymnasium das Abitur gemacht und später studiert, obwohl die Empfehlung der Schule in eine andere Richtung ging. Hier steht so einer. **Auch ich hätte kein Abitur machen und nicht studieren können, wenn meine Eltern das Elternwahlrecht nicht gehabt und genutzt hätten.**

CDU und GAL sprechen oft von Gemeinsamkeiten, die sie von uns Sozialdemokraten trennen. Das heißt dann: „Die Sozis setzen auf den Staat. CDU und GAL auf die Eigenverantwortung der Menschen. - Wer setzt denn hier, in der schwarz-grünen Bildungspolitik auf den Staat? **Sie – CDU und GAL – vertreten die irrige Meinung der Staat wüsste am besten, welche weiterführende Schule ein Kind besuchen soll. Wir Sozialdemokraten sagen: Die Eltern müssen das Recht behalten, entscheiden können.**

Sie sprechen von längerem gemeinsamen Lernen. In Wirklichkeit aber werden Kinder schon im Vorschulalter aussortiert - aufgrund der Zersplitterung der Grundschullandschaft in

- Grund- bzw. Primarschulen ab der 3. Klasse am Gymnasium,
- Grund- bzw. Primarschulen ab der Vorschule an der Stadtteilschule,
- Grund- bzw. Primarschulen ab der 3. Klasse an der Stadtteilschule
- und Grund- bzw. Primarschulen ab der Vorschule am Gymnasium.

Sie schaffen ein mindestens viergliedriges Grund- bzw. Primarschulsystem. Sie schaffen nicht mehr, sondern weniger gemeinsames Lernen. **Sie schaffen nicht mehr, sondern weniger Bildungs- und Chancengerechtigkeit.**

Das fängt mit der Wahl der Vor- und der Grundschule an, die den Weg an das Gymnasium oder die Stadtteilschule vorzeichnen wird.

In der zweiten Hälfte der Primarschule werden Sie die einen stärker und die anderen weniger auf das Gymnasium vorbereiten.

Nach der 6. Klasse im Alter von 12 entscheidet die Primarschule, ob es eine Gymnasialempfehlung gibt.

Setzen sich die Eltern über diese Entscheidung des Staates hinweg, bekommt Ihr Kind einen für alle Lehrer sichtbaren Stempel „Auf Probe – bitte besonders beobachten“ und muss sich obendrein einer Aufnahmeprüfung stellen. - Glauben Sie im ernst, dass diese Kinder von der Lehrern dann noch unvoreingenommen beurteilt werden?

Herr von Beust, Sie haben vor einem Monat im Abendblatt erklärt: *„Ich möchte den Schulfrieden erreichen.“* Ich prophezeie Ihnen: **So wird das nichts mit dem Schulfrieden. Die Hamburger Eltern werden sich das Elternwahlrecht nicht nehmen lassen. Sie werden dafür streiten - gegen Sie und mit uns.**

Wer mit Hamburgs Eltern spricht, hört dort zwei Aussagen – und zwar ohne Ausnahme:

„Ein Glück, dass mein Kind das nicht mehr vor sich hat!“, und

„Mein Kind hat das alles vor sich, und ich weiß gar nicht was werden soll!“.

Und ich habe übrigens auch noch niemanden von der CDU getroffen, der ihr Modell gut und richtig findet. Die Berichterstattung der Hamburger Zeitungen müsste Sie eigentlich zum Nachdenken bringen.

Beim Experiment sechsjährige Grundschule haben sich grün-alternative Kreativität und schwarzer Bildungskonservatismus in einem unsäglichen Kompromiss getroffen. Dieser Kompromiss ist der Irrweg, der die soziale Spaltung in die Vorschule trägt.

Die CDU muss erklären, wieso Sie den in der Enquête-Kommission erarbeiteten Weg eines breiten Konsenses verlassen hat.

Wir haben diskutiert, wie wir die Benachteiligung nach sozialer Herkunft reduzieren können.

Wir haben uns auf Schritte geeinigt. Und nun tun CDU und GAL genau auf das Gegenteil.

Längeres gemeinsames Lernen ist gut. Aber ihr fauler Kompromiss ist nicht längeres gemeinsames Lernen, sondern noch frühere Selektion.

Was lernen wir daraus?

Wenn gegensätzliche schulpolitische Ideologen einen Kompromiss erzwingen, ist das Ergebnis Murks.

Sehen wir uns Ihre Baustellen an: Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums, Abschaffung des Grund- und Leistungskurssystems in der Oberstufe, Schaffung neuer Stadtteilschulen, ein völlig neues und letztlich mindestens drei- bis viergliederiges Grundschulsystem: Bei aller persönlicher Wertschätzung – Frau Goetsch – ich fürchte, dass neben das schulpolitische auch noch ein organisatorisches Chaos treten wird.

Für uns Sozialdemokraten halte ich fest:

Längeres gemeinsames Lernen bleibt trotz des faulen schwarz-grünen Kompromisses das richtige Ziel.

Unsere Schulen brauchen Reformen, aber Kinder, Eltern und Lehrer brauchen auch und vor allem Sicherheit, Berechenbarkeit, Klarheit und Zeit.

Darum hätte man sich in den nächsten Jahren auf die erfolgreiche Einführung der neuen Stadtteilschule konzentrieren müssen. Bildungspolitik darf sich nicht im Quartalsrythmus ändern.

Und deshalb die klare Ansage:

Wir werden nach Schwarz-Grün das Schulsystem nicht wieder völlig umkrempeln können. Und darum werden wir als Opposition nicht tatenlos auf das Scheitern Ihrer Bildungspolitik warten.

Wir werden für Verbesserungen kämpfen.

Wir werden mit guten Argumenten und Vorschlägen, mit parlamentarischem und öffentlichem Druck, bereits vor 2012 Verbesserungen durchsetzen.

Meine Damen und Herren,

Obwohl das Thema **soziale Spaltung** in unserer Stadt immer augenfälliger wird, setzt diese Koalition dieses Thema nicht oben auf ihre Agenda.

Ihr schwarz-grüner Pakt zeigt, dass das Ringen um Chancen für Alle nicht im Mittelpunkt Ihrer Politik stehen wird. Kinder aus sozial schwachen Familien werden auch künftig keinen Ganztagskitaplatz bekommen, obwohl wir doch ganz genau wissen, dass davon abhängen kann, ob es gelingt, den Kreislauf aus Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit in Familien endlich zu durchbrechen.

Kinder werden auch künftig kein Mittagessen bekommen, wenn ihre Eltern das Geld dafür nicht aufbringen.

Sie behaupten immer, es gebe keine Spaltung in unserer Stadt. Das ist unwahr. **Unsere Stadt ist gespalten. Die Schullandschaft spiegelt das wider, und die schwarz-grüne Schulpolitik zementiert das.**

Bildung war und ist der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg.

Daher war die Einführung der diversen Gebühren im Kita-, Schul- und Hochschulbereich falsch. Statt diese Mängel in Angriff zu nehmen, verzetteln sich CDU und GAL in Struktur-Experimenten.

Bildung beginnt aber nicht erst in der Schule. **Die frühkindliche und vorschulische Bildung muss gestärkt werden.**

Neben der Bereitstellung ausreichend vieler - und aus unserer Sicht - gebührenfreier Betreuungsplätze ist die Qualität der Kinderbetreuung entscheidend.

Unsere Kitas müssen in die Lage versetzt werden, dass Kinder in Kindergarten, Krippe und Hort gut betreut und erzogen werden, geborgen sind, Zuneigung erfahren, interessante Dinge erleben und erfahren.

Diesen Anspruch muss Kinderbetreuung in Hamburg erfüllen. Und das sehe ich in ihrem Politikansatz nicht.

Arbeitslosigkeit, Armut und die damit verbundenen sozialen und innenpolitischen Probleme konzentrieren sich in den benachteiligten Stadtteilen. Wer kann, kehrt deshalb den betroffenen Quartieren oft den Rücken. In Nienstedten, Othmarschen, Lehmsahl-Mellingstedt oder Wohldorf-Ohlstedt zahlen zwei Drittel der Eltern den Höchstbeitrag für die Kita. In anderen Stadtteilen sind es unter zwei Prozent. **Hier sind die Mittelstandsfamilien und ihre Kinder praktisch nicht mehr vorhanden. Und dies führt dazu, dass sich die dortige soziale Situation weiter verschärft.**

Um diese Stadtteile zu stabilisieren, muss den Menschen eine Perspektive geboten werden. Das Problem der sozialen Spaltung ist nur von zwei Seiten aus wirksam zu bekämpfen

- Wir müssen erstens über bessere Bildung den sozialen Aufstiegswillen wecken und Aufstiegschancen bieten
- Wir müssen zweitens über Arbeit – und ich meine nicht sinnlose Beschäftigung – sondern sinnvolle Erwerbsarbeit gesellschaftliche Teilhabe bieten.

Ihr Programm der Verzahnung von sozialer Stadtteilentwicklung und Arbeitsmarktpolitik verspricht vieles. Wir werden Sie an den Ergebnissen messen. Messen daran, was Sie gegen das Unrecht tun, dass zehntausende von Menschen jede Woche 40 Stunden und mehr arbeiten, und trotzdem nicht in der Lage sind, von ihrem Geld sich und ihre Familie über die Runden zu bringen.

Treten Sie endlich mit uns gemeinsam für den Mindestlohn ein.

Tun Sie mit uns endlich etwas dagegen, dass skrupellose Arbeitgeber zu Lasten unserer Steuer- und Sozialkassen, Menschen zu Hungerlöhnen beschäftigen.

Streiten Sie gemeinsam mit uns für den Mindestlohn und dafür, dass anständige Arbeit endlich anständig bezahlt wird.

Das Problem der sozialen Spaltung in unserer Stadt ist gewiss nicht in den letzten Jahren der CDU-Senate entstanden. Aber es hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft.

CDU und Bürgermeister bestreiten diese Entwicklung. Obwohl etwa Herr Peiner – der Vater des Konzeptes der Wachsenden Stadt – eingeräumt hat, dass das Soziale in der Wachsenden Stadt zu kurz gekommen ist. Und – so befürchte ich - eine Mischung von Wachsender und Kreativer Stadt führt nicht zu einer gerechteren, einer sozialen Politik. Das ist fatal. Denn nicht Leugnen, sondern Handeln ist nötig.

Verbesserungen für die Menschen erfordern einen langen Atem und klare Orientierung. Die haben wir Sozialdemokraten uns mit unserem Leitbild der Menschlichen Metropole gegeben.

Abraham Lincoln hat einmal gesagt:

„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.

Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausbeut, als ihr verdient.“

In dieser Einsicht unterscheiden wir Sozialdemokraten uns von der anderen Opposition in diesem Haus. Wir Sozialdemokraten werden uns nicht auf den Wettlauf einlassen, wer mehr Lehrerstellen, mehr Betriebsprüfer, höhere Regelsätze fordert.

Wir wollen die Potenziale unserer Stadt fördern und nutzen, um Wohlstand für alle zu schaffen. Denn nur eine ökonomisch erfolgreiche Stadt wird auch eine soziale Stadt sein. Denn allein wirtschaftlicher Erfolg schafft nachhaltig Arbeitsplätze, führt zu Steueraufkommen, finanziert Zukunftsinvestitionen, Sicherheit, Bildung, Lebensqualität und Hilfe.

Eine moderne, technologie- und wissensbasierte Wirtschaftsstruktur braucht eine auf sozialen Ausgleich angelegte Gesellschaft, stabile Familien, beste Bildung, Mitbestimmung und das Vertrauen in die eigene Stärke.

Alle diese Elemente bedingen einander und eine gute Politik für Hamburg baut die Brücke zwischen ihnen. Die Vernachlässigung des Erfolgsfaktors „sozialer Fortschritt“ gefährdet das Erfolgsmodell Hamburg.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Enteignungs- und Verstaatlichungsfantasien, Reformunwilligkeit und populistische Versprechungen legen die Axt nicht an die Wurzel des Problems, sondern an die Wurzeln unseres Wohlstands.

Ich lege an Ihre Fraktion, sehr geehrte Frau Heyenn, den gleichen Maßstab an, wie an den schwarz-grünen Senat: Wir werden das, was gut und machbar ist, gut nennen. Und unterstützen. Und wir werden das, was nur gut gemeint und nicht machbar ist, glasklar falsch nennen.

Zu einem weiteren zentralen Schwachpunkt im Koalitionsvertrag: Es ist der nichtssagende Formelkompromiss zum von Vattenfall und Senat geplanten **Steinkohlekraftwerk in Moorbург**.

Wochenlang wurde verhandelt. Und heraus kommt, dass die Behörde rechtlich über die Genehmigung entscheidet. **Hier wird die Öffentlichkeit auch weiter an der Nase herumgeführt. Ich fordere den Senat, den Bürgermeister, Sie Frau Hajduk und Sie Herrn Maaß auf: Schluss mit Geheimpolitik in Sachen Moorbург. Legen Sie die Karten endlich auf den Tisch.**

Wir werden zum Kraftwerk Moorburg erneut die Aktenvorlage beantragen. Und wir sind gespannt, wie sich insbesondere die Grünen dann verhalten. Der CDU-Senat hat uns die Akteneinsicht mit dem Hinweis „Staatsgeheimnis“ verweigert. Der damalige GAL-Abgeordnete und jetzt zuständige Staatsrat Maaß sagte dazu hier an dieser Stelle am 7. Februar:

„Neu ist jetzt, dass wir nicht nur über ein, wie ich finde, sehr falsches und klimapolitisch skandalöses Kraftwerk sprechen, sondern dass sich dazu auch noch ein einigermaßen skandalöses Verfahren gesellt hat, in dem der Senat der Bürgerschaft die verfassungsmäßigen Rechte verwehrt, nämlich unser Recht, den Senat zu kontrollieren, und das ist ein ziemlich gravierender Vorgang.“

Er nannte die Begründung des CDU-Senates „schlicht verwegen“. Er nannte die Verweigerung der Akten „anmaßend“.

Frau Hajduk, wir geben Ihnen die Chance, es besser zu machen als der CDU-Senat. Ihr Staatsrat Herr Maaß hatte ja schon – wie es so seine Art ist – in der Opposition alles genauestens geprüft.

Rufen wir uns doch mal die Geschichte der Entscheidung für ein Kohlekraftwerk in Moorburg und die zahlreichen Kehrwendungen des von-Beust-Senats in Erinnerung:

Bis vor zwei Jahren war für Sie Klimaschutz doch ein Fremdwort. Vattenfall wollte ein neues großes Kohlekraftwerk bauen, und Frau Gundelach wollte es doppelt so groß haben. Vattenfall nahm die Einladung dankend an.

Dann hatte der Bürgermeister sein cineastisches und klimapolitisches Erweckungserlebnis.

Kehrtwende 1

In den Behörden wurden rasch bis dahin verworfene Vorschläge - auch der Opposition - für ein Klimaschutzkonzept zusammengesammelt.

Der Bürgermeister wollte sich beim Vattenfall-Chef persönlich um Wahlkampfhilfe bemühen, indem dieser von seinen Kohlekraftwerkspläne in Hamburg lässt.

Auch das ging daneben.

Dann Kehrtwende 2

Der Senat erteilte – völlig unnötig - noch vor der Wahl eine Vorabgenehmigung, und

Vattenfall kann mit seiner Investition in Moorburg beginnen. Es wurde sogar noch ein Vertrag über die nähere Ausgestaltung des Kraftwerks hinsichtlich Kühlung und CO₂-Abscheidung geschlossen.

Und nun Kehrtwende 3:

Herr von Beust braucht einen Koalitionspartner, findet ihn in der GAL und ändert erneut seine Meinung zum Projekt.

Vattenfall sieht Millionen-Investitionen und Millionen-Erträge aus billigem Kohlestrom gefährdet und wird gerichtlich für eine Genehmigung und für Schadensersatz kämpfen.

Ob ein finanzieller Schaden für unsere Stadt eintritt, ist zurzeit ungewiss. Gewiss ist aber: Wir haben eine CDU-Klimaschutzpolitik, aber auch Hamburger Standortpolitik, die ohne Grundlinie und jede Orientierung herumwackelt.

Zurückbleibt ein erheblicher Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Denn Genehmigungsverfahren und Genehmigungsfristen sind einzuhalten und nicht politischem Machtkalkül zu unterwerfen. Dass das in Hamburg unter diesem Bürgermeister offenbar anders ist, ist ein Eindruck der Hamburg als Standort schwächt.

Die Verlässlichkeit von Zusagen Hamburger Bürgermeister und das Vertrauen in die Hamburger Politik haben gelitten und – was noch schlimmer ist – sie leidet weiter!

In der Schulpolitik gibt es nichts als faule Kompromisse statt Vertrauen und Verlässlichkeit.

In der Moorburg-Frage gibt es ein unsägliches Gerede statt Berechenbarkeit.

In der Haushalts- und Finanzpolitik werden das Tafelsilber verscherbelt und ungedeckte Schecks auf die Zukunft ausgestellt – sie praktizieren das Gegenteil von hanseatischer, seriöser Finanzpolitik.

Und auch in der **Sportpolitik** gibt es ein völlig unkoordiniertes „Hin und Her“ statt Verlässlichkeit:

Erst gründet man eine Bewerbungsgesellschaft für die Universiade. Dann bekommen die Herren von Beust und Freytag gemeinsam mit der unerfahrenen Sport-Senatorin von Welk kalte Füße ob der schon lang bekannten Kosten und beerdigen dieses breit getragene Projekt. Dann protestiert der Hamburger Sport, der Deutsche Olympische Sportbund und – wohl wieder einmal entscheidend für Herrn von Beust – die **Handelskammer**, und schon schwenkt man wieder um.

Hier wie im Fall Moorburg oder der Schulpolitik bleibt durch diese Wackelpolitik ein Schaden für unsere Stadt. Und Sie, Herr von Beust, tragen als Wackelbürgermeister dafür die Verantwortung.

Sie, Herr von Beust verändern ihre Positionen in atemberaubender Geschwindigkeit.

Sie, Herr von Beust und ihr schwarz-grüner Senat stehen nicht für Verlässlichkeit und Vertrauen.

Sie stürzen Hamburg in ein gigantisches Schulexperiment. Leidtragende werden Kinder, Eltern und Lehrer sein.

Sie fügen mit einem unsäglichen Genehmigungsverfahren und ständigem Geeiere um das Kraftwerk Moorburg – und nun auch noch um die Universiade - dem Standort Hamburg Schaden zu.

Sie bauen ihre Finanzpolitik auf den Sand eines vermeintlich unendlichen Aufschwunges - und Sie werden hart auf dem Boden der wirtschaftlichen Realitäten landen.

Sie verschließen die Augen vor der sozialen Spaltung in unserer Stadt und verstärken sie durch ihre weiterhin falsche Politik.

Sie starten eine Koalition, die niemand mehr als Pilotprojekt sieht und die ihre Strahlkraft bereits eingebüßt hat.

Hamburg, die Menschen in unserer Stadt brauchen verlässliche, berechenbare Politik.

Hamburg braucht Vertrauen in die Kraft Probleme zu erkennen und zu lösen.

Hamburg braucht einen Senat, der diesem Anspruch gerecht wird.

Hamburg braucht keinen Senat, der sich vor allem als schwarz-grünes Pilotprojekt versteht und darüber die wahren Probleme der Menschen in unserer Stadt vergisst.

Das alles sind nicht nur inhaltlich-thematisch, sondern – wenn ich mir die Senatsbank anschau - auch personell keine schlechten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit.

Wir werden in unserer Kritik maßvoll und sachlich sein, aber auch hart in der Sache.

Wir überlassen die faulen Kompromisse den schwarz-grünen Koalitionären und den falschen Populismus der Linkspartei.

Wir haben bereits angefangen zu arbeiten.

Wir werden uns nicht auf typische Oppositionskritik beschränken, sondern die wichtigen Probleme benennen, Konzepte entwickeln und die richtigen Antworten geben – im Interesse Hamburgs und der Menschen, die in unserer Stadt leben.